

Niederschrift
über die Sitzung des Seniorenrates
am 15.05.2019

Tagungsort: Vortragssaal des Sennestadthauses

Beginn: 09:30 Uhr

Ende: 13:05 Uhr

Anwesend:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Aubke

Vorsitzender

Frau Dehmel

Herr Donath

Herr Haberkorn

Herr Heine

Frau Huber

Frau Koch

Herr Scholten

Frau Uffmann

Herr Wilker

Vertr. für Herrn Dr. Tiemann

Beratende Mitglieder

Frau Brinkmann

BfB

Herr Dr. Friedrich

AG Wohlfahrtsverbände

Herr Hölscher

Fraktion Die Linke

Herr Jung

CDU-Fraktion

Herr Menge

Fraktion Bündnis 90/Die

Grünen

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Frau Arning

(bis 12:00 Uhr)

Herr Kohlmeier

Frau Krögel

Frau Sielemann

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Prast

BfB

Gäste

Herr Kanobaire
Herr Prof. Dr. Peter
Herr Recht
Frau Ritz
Herr Schneider
Herr Vinke

Stadtteilkoordinator Sennestadt
CDU Stadtbezirksverband Sennestadt
AWO Kreisverband Bielefeld e. V.
AWO Kreisverband Bielefeld e. V.

Verwaltung

Frau Buddemeier
Frau Bueren

Frau Chowdry
Frau Krumme

Gleichstellungsstelle
Amt für Integrierte Sozialplanung
und Prävention
Bauamt
Amt für soziale Leistungen
- Sozialamt -

Schriftführung

Herr Schloemann

Amt für soziale Leistungen
- Sozialamt -

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzender Dr. Aubke begrüßt die Anwesenden, die Zuhörer*innen sowie die ehemalige Vorsitzende des Seniorenrates Frau Christel Hoffmann. Des Weiteren begrüßt er Frau Ritz vom Begegnungs- und Servicezentrum „AWO Forum am Reichowplatz“ sowie den Stadtteilkoordinator Herrn Kanobaire und bittet beide, ihre Aufgabenbereiche und Angebote im Laufe der Sitzung kurz vorzustellen.

Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Änderungen zur Tagesordnung gibt es nicht.

Vorsitzender Dr. Aubke gratuliert Frau Brinkmann zum achtzigsten Geburtstag und dankt ihr für ihre durchgehende Teilnahme an den Sitzungen des Seniorenrates und der Arbeitskreise.
Frau Brinkmann bedankt sich für die freundlichen Worte.

Vorsitzender Dr. Aubke weist darauf hin, dass Herr Donath in der heutigen Sitzung Fotos für einen Artikel im Bielefelder Magazin „Monokel“ machen werde. Seitens der Anwesenden gibt es keine Einwände gegen die Veröffentlichung der Bilder.

-.-.-

Zu Punkt 1

Information über Zusammensetzung und Aufgaben des Seniorenrates

Vorsitzender Dr. Aubke informiert die Zuhörer*innen über Entstehung, Aufgaben, Ziele und Zusammensetzung des Seniorenrates. Herr Schloemann übergibt den Zuhörer*innen den aktuellen Flyer „Der Seniorenrat“.

Er begründet, weshalb der Seniorenrat sich entschieden habe, im von der Stadt Bielefeld ausgerufenen „Jahr der Demokratie“ eine Sitzung in Sennestadt abzuhalten:

Sennestadt habe nach dem Altenbericht den zweithöchsten Altersdurchschnitt der Bevölkerung im Stadtgebiet. In keinem anderen Stadtteil sei der Anteil der über achtzigjährigen höher. Darüber hinaus seien in Sennestadt 25% der Einwohner*innen und Bürger*innen mit Migrationshintergrund über sechzig Jahre alt. Im Verhältnis zur Altersstruktur gebe es jedoch zu wenig altengerechte Angebote für die Sennestädter Bevölkerung.

Ebenso wichtig für die Sennestädter Bevölkerung sei die haus- und kinderärztliche Versorgung, die für einen Stadtteil dieser Größenordnung nicht ausreichend sei.

-.-.-

Zu Punkt 2 **Einwohnerfragestunde**

Es werden keine Fragen gestellt.

-.-.-

Zu Punkt 3 **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 38. Sitzung des Seniorenrates am 20.03.2019**

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 38. Sitzung des Seniorenrates am 20.03.2019 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 4 **Mitteilungen**

Zu Punkt 4.1 **Wir für uns - anders altern -**

Vorsitzender Dr. Aubke verweist auf die Einladung zum Vortrag von Herrn Prof. Dr. phil. Wilhelm Frieling-Sonnenberg im Sitzungssaal des Bürgerzentrums Dornberg am 15.05.2019 (**Anlage 1**).

-.-.-

Zu Punkt 5 **Anfragen**

Es liegen keine Anfragen vor.

-.-.-

Zu Punkt 6 **Anträge**

Es liegen keine Anträge vor.

-.-.-

Zu Punkt 7 **Integriertes Stadtentwicklungskonzept (INSEK)**

Frau Chowdry stellt die aktuellen Planungen im Rahmen der Fortschreibung des Stadtumbaus Sennestadt anhand einer Präsentation (**Anlage 2**) vor.

Herr Donath erläutert die Hintergründe zu den INSEK-Programmen sowie deren Arbeitsfelder. Er kritisiert, dass die Verwaltung entge-

gen dem Beschluss des Seniorenrates bisher keinen jährlichen Bericht über die einzelnen INSEK-Programme vorlegt habe.

Auf Fragen von Herrn Donath und Herrn Menge teilt Frau Chowdry mit, dass zur Ermöglichung der Öffnung bzw. vereinsungebundener Nutzung der Sportplätze auf eine Beantragung von Fördermitteln aus der Sportpauschale verzichtet worden sei.

Bei den Förderprojekten Hans-Christian-Andersen-Schule und Sennestadtpavillon handele es sich um unterschiedlich ausgerichtete Projekte, welche ihren Fokus auf die Bildung von Menschen mit Migrationshintergrund oder kulturelle Angebote richten würden. Das INSEK-Fördergebiet umfasse die ehemalige Großwohnsiedlung Sennestadt. Die Ortsteile Eckardtsheim und Heideblümchen würden nicht darunter fallen.

Vorsitzender Dr. Aubke bittet die Verwaltung, in einer der nächsten Sitzungen auch über den Stand der übrigen drei INSEK-Programme zu berichten.

-.-.-

Zu Punkt 8

Haus- und Kinderärztliche Versorgung in Sennestadt

Herr Recht präsentiert die Probleme und Herausforderungen der haus- und kinderärztlichen Versorgung in Sennestadt (**Anlage 3**). Die Ergebnisse habe er im Auftrag der Bezirksvertretung gemeinsam mit Bezirksvertretungsmitglied Herrn Fleth (SPD) erarbeitet. Durch die noch mit Investoren zu gründende MVZ GmbH sei der Bau eines medizinischen Versorgungszentrums (MVZ) für das Jahr 2020 geplant. In der engeren Standortdiskussion seien zwei in städtischem Besitz befindliche Grundstücke. Als Mitgesellschafterin konnte das Klinikum Bielefeld gGmbH gewonnen werden.

Herr Donath kritisiert, dass Herr Fleth als Co-Autor in der Präsentation nicht aufgeführt werde. Ein MVZ würde den Vorteil der Trennung von Verwaltungs- und Medizinischen Aufgaben mit sich bringen. Um dem Ärztemangel entgegen zu wirken sei auch die Möglichkeit, Ärzt*innen in Anstellung in bestehenden Praxen zu beschäftigen, geeignet. Herr Jung teilt die Einschätzung von Herrn Donath zu den Vorteilen der Aufgabentrennung, von denen er sich im MVZ Kirchlengern habe überzeugen können und würde die Einrichtung eines MVZ in Sennestadt begrüßen.

Auf Nachfrage von Frau Huber bestätigt Vorsitzender Dr. Aubke, dass aufgrund der Bedarfsplanung der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) lediglich die Praxisübernahme zulässig sei.

Auf Hinweis von Herrn Menge zur Möglichkeit der ärztlichen Versorgung außerhalb des Stadtbezirkes erwidert Herr Heine, dass Sennestadt aufgrund der exponierten Lage und damit verbundener Distanzen zur Kernstadt gesondert betrachtet werden müsse.

Herr Recht weist darauf hin, dass die erhobenen Zahlen für sich sprechen würden. Es sei an der Stadt, bezüglich der Unterversor-

gung auf die KV Druck auszuüben. Vorsitzender Dr. Aubke bestätigt, dass die KV handlungsbereit sei, allerdings die Stadt Anreize zur Niederlassung schaffen müsse. Umliegende Kommunen hätten dies erkannt und mit der Auslobung entsprechender Anreize reagiert. Frau Huber teilt die Ansicht von Vorsitzendem Dr. Aubke, wohingegen Herr Menge sich dagegen ausspricht.

Vorsitzender Dr. Aubke bedankt sich bei Herrn Recht für seine Ausführungen und schließt die Diskussion. Er sichert die Unterstützung des Seniorenrates bzgl. der Errichtung eines MVZ in Senne-stadt zu.

Zu Punkt 9

Für die Zukunft unserer Enkelkinder

Prof. Dr. Peter begründet die von ihm und Herrn Schneider verfasste Erklärung. Beide begrüßen die Protestbewegung „Fridays for Future“. Die Politik habe auf die Protestbewegung anbiedernd, vereinnahmend, belächelnd und abwertend reagiert. Ein Zeichen der Unterstützung der älteren Generation, welche zu den Klimaveränderungen mit beigetragen habe, fehle bisher. Als Kernbotschaft zitiert Prof. Dr. Peter die Absätze 4 und 5 der Erklärung. Der Seniorenrat sei als überparteiliche Interessenvertretung der über Sechzigjährigen in Bielefeld ein Ansprechpartner dafür, die Botschaft zu senden. Herr Schneider bittet den Seniorenrat, die Solidarität mit den protestierenden Enkelkindern mit der Unterstützung der Erklärung auszudrücken und Herrn Prof. Dr. Peter und ihn in ihren Bestrebungen zu unterstützen.

Vorsitzender Dr. Aubke eröffnet die Diskussion. Kritisch äußert sich Herr Scholten, der darauf hinweist, dass ein Verstoß gegen die im Schulgesetz verankerte Schulpflicht nicht zulässig sei. Die Demonstrationen könnten auch außerhalb der Schulzeit stattfinden. Darüber hinaus sei die Aufforderung an Schulleitungen, die Proteste zu unterstützen, disziplinarrechtlich strittig. Unstrittig sei, dass etwas für den Umweltschutz getan werden müsse.

Herr Heine stimmt Herrn Scholten zu und ergänzt, dass ein Verstoß gegen die Schulpflicht mit Bußgeld geahndet werde. Im Sinne der Gleichbehandlung ähnlicher Aktionen sei eine Unterstützung der Protestaktion durch die Schulleitungen problematisch.

Für die Protestbewegung sprechen sich Herr Hölscher, Herr Menge; Herr Donath und Herr Dr. Friedrich aus. Ihre Interessen durch zivilen Ungehorsam in der Öffentlichkeit zum Thema zu machen, sei das gute Recht der Protestierenden. Prof. Dr. Peter weist darauf hin, dass Herr Schneider und er für Formulierungsänderungen offen seien. Es sei wichtig, die Kernbotschaft zu erhalten, allerdings biete er auf Einwand von Herrn Heine an, vom Begriff der „Nachkriegszeit“ abzuweichen und diesen durch „Abschluss der Wiederaufbauphase“ zu ersetzen.

Vorsitzender Dr. Aubke fasst abschließend zusammen, dass es Einigkeit zum Grundgedanken der Erklärung gebe. Gegen einzelne Punkte gebe es Bedenken. Er bittet den Arbeitskreis Kultur, Weiterbildung und Sport, sich gemeinsam mit den Vorsitzenden der anderen Arbeitskreise mit der Erklärung auseinanderzusetzen und eine Formulierung für die kommende Sitzung des Seniorenrates vorzubereiten.

Seitens der Anwesenden gibt es keine Einwände.

-.-.-

Zu Punkt 10

Wege des Abschieds: Alternative Wohnformen – im Quartier bis zuletzt?

Herr Vinke stellt die Inhalte und den Fortgang des Projektes anhand einer Präsentation (**Anlage 4**) vor. Das Projekt sei durch die Stiftung Wohlfahrtspflege gefördert worden. Der Fokus richte sich darauf festzustellen, ob Quartiere dazu geeignet seien, deren Bewohner*innen dort bis zu ihrem Lebensende wohnen zu lassen. Parallel werde das Bielefelder Modell erforscht und evaluiert. Beide Projekte würden ineinander greifen. Ziel des Projektes sei auch, ehrenamtliche Kräfte für die Hospizarbeit dauerhaft zur Lebens- und Sterbebegleitung in den Quartieren zu etablieren. Hierzu würden „Letzte Hilfe“-Kurse zur Sterbebegleitung angeboten. Eine Abschlussveranstaltung zum Projekt soll Ende November im Raum „SO2“ der Stadtbibliothek stattfinden. Abschließend verweist er auf den mitgebrachten Flyer mit Informationen zum Projekt (**Anlage 5**).

Vorsitzender Dr. Aubke dankt für die Ausführungen. Er empfiehlt Herrn Vinke, die Abschlussveranstaltung breit anzulegen und z. B. auch die Wohlfahrtsverbände dazu einzuladen. Auf Nachfrage zur Fortführung bzw. Finanzierung teilt Herr Vinke mit, dass die Voraussetzungen dafür voraussichtlich erfüllt werden.

-.-.-

Zu Punkt 11

Gleichstellung von Frauen in Bielefeld

Frau Buddemeier informiert über die geschichtlichen Hintergründe des Frauenwahlrechtes sowie die Entstehung und die Aufgaben der Gleichstellungsstelle der Stadt Bielefeld.

Frau Sielemann weist darauf hin, dass die Stadt Bielefeld bundesweit die zweite Stadt war, die eine Gleichstellungsstelle eingerichtet habe. Auf Nachfrage von Vorsitzendem Dr. Aubke bestätigt Frau Buddemeier, dass es auf Bundes- und Landesebene Arbeitsgemeinschaften der Gleichstellungsbeauftragten gebe.

Vorsitzender Dr. Aubke dankt Frau Buddemeier für ihre Ausführungen.

-.-.-

Zu Punkt 12

Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen – Anträge und Problemanzeigen der Träger der freien Wohlfahrtspflege und des Bielefelder Jugendrings

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8477/2014-2020

Vorsitzender Dr. Aubke bittet Frau Huber und Frau Bueren, die Empfehlungen der Verwaltung zu den Anträgen, die die Seniorenarbeit betreffen, kurz vorzustellen.

- Antrag 16 DiakonieVerband Brackwede:
Frau Bueren informiert über Gespräche zwischen dem DiakonieVerband und der Verwaltung, die zu einer einvernehmlichen Regelung geführt hätten.

Der Seniorenrat nimmt Kenntnis.

- Antrag 17: Projektmittel Seniorenarbeit:
Auf Nachfrage bietet Frau Bueren an, die seinerzeit vereinbarten Regularien zur Antragsbewilligung in Erfahrung zu bringen und den Seniorenrat darüber zu informieren.

Der Seniorenrat nimmt Kenntnis.

- Antrag 21 Frauenkulturzentrum:
Frau Huber berichtet, dass die Verwaltung vorgeschlagen habe, den Antrag zur Förderung von Sensibilisierungsmaßnahmen der Altenpflege im Bereich LSBTI* abzulehnen. Die Politik habe sich in der Vergangenheit für eine besondere Förderung dieses Personenkreises ausgesprochen, eine Ablehnung von Seiten der Verwaltung sei daher nicht nachvollziehbar. Sie spreche sich für eine Unterstützung des Antrages aus.

Daraufhin fasst der Seniorenrat folgenden

Beschluss:

Der Seniorenrat empfiehlt dem Sozial- und Gesundheitsausschuss, dem Antrag des Frauenkulturzentrums zu entsprechen.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

- Antrag 24 Wildwasser e. V.:
Frau Huber informiert darüber, dass die Verwaltung vorgeschlagen habe, den Antrag zum Projekt „VIVA ALTERnativ“ abzulehnen. Es handele sich hierbei nicht um eine Fortführung der Landesfachstelle „Trauma und Leben im Alter“, deren Förderung gestrichen worden sei. Sie zitiert hierzu aus einer E-Mail von Frau Lesner von Wildwasser e. V.:
*„(...) Ich möchte ausdrücklich darauf hinweisen, dass es bei dem Projekt „VIVA ALTERnativ“ nicht darum geht, wegfallende Landesmittel kommunal auszugleichen (wie es in der kurzen Zusammenfassung der SGA-Vorlage erscheint). Die im Antrag VIVA ALTERnativ beantragten Arbeitsbereiche waren kein Bestandteil der Landesförderung. Im Rahmen der Landesfachstellenarbeit ging es vor allem darum zu sensibilisieren, zu informieren, ein umfassendes landesweites Hilfenetzwerk aufzubauen, eine Lotsenfunktion einzunehmen und zu qualifizierten Netzwerkpartner*innen in ganz NRW zu vermitteln. Die konkrete Beratungsarbeit mit traumatisierten alten Frauen und die Durchführung konkreter Angebote für das unterstützende Umfeld wurden nicht aus Landesgeldern finanziert und können aber – aufgrund fehlender personeller und finanzieller Ressourcen – auch nicht über die originäre Arbeit des Vereines Wildwasser abgedeckt werden: Gleichwohl der Bedarf dringend gegeben ist, wie uns die zahlreichen Anfragen und Rückmeldungen aus ambulanten und stationären Einrichtungen der Altenhilfe verdeutlichen. (...)“*
Sie habe dies so in der gestrigen Sitzung des SGA vorgetragen. Sie spricht sich ausdrücklich für eine Unterstützung des Antrages aus.

Anschließend fasst der Seniorenrat folgenden

Beschluss:

Der Seniorenrat empfiehlt dem Sozial- und Gesundheitsausschuss, dem Antrag von Wildwasser e. V. zum Projekt „VIVA ALTERnativ“ zu entsprechen.

- einstimmig beschlossen –

Herr Donath äußert sein Bedauern darüber, dass die Finanzierung von einzelnen Projekten mangels Mittel eingestellt werden müsse und begrüßt die Unterstützung der Anträge 21 und 24. Vorsitzender Dr. Aubke weist darauf hin, dass das Integrationsbudget beschränkt sei und daher nicht alle Anträge bewilligt werden könnten.

Zu Punkt 13

Berichte aus Ausschüssen, Arbeitskreisen, von beratenden Mitgliedern sowie aus den Bezirksvertretungen

- Frau Huber berichtet aus der Sitzung des **Sozial- und Gesundheitsausschuss** (SGA) vom 14.05.2019. Unter anderem seien von Frau Schulz, Amt für soziale Leistungen - Sozialamt - und Herrn Kockmann, Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) die Regelungen des Bundesteilhabegesetz (BTHG) vorgestellt worden. Bislang sei es so, dass die Versorgung behinderter Menschen allein vom LWL übernommen würde. Ab dem 01.01.2020 erfolge die Trennung zwischen existenzsichernden Leistungen (Sozialamt) und Fachleistungen (LWL). Frau Huber regt an, dass die Regelungen zum BTHG auch im Seniorenrat vorgestellt würden, da die Regelungen auch Senior*innen betreffen könnten.
Herr Jung unterstützt die Anregung und bittet die Verwaltung, dem Seniorenrat mit der Einladung auch die Präsentationen und die Ergebnisse der Arbeitsgruppen aus der SGA-Sitzung zur Verfügung zu stellen.
- Frau Koch berichtet aus der Sitzung der **Bezirksvertretung Mitte** vom 02.05.2019. Dort sei unter anderem über die geplante Außengastronomie der Rudolf-Oetker-Halle gesprochen worden.
- Herr Wilker, **Arbeitskreis Kultur, Weiterbildung und Sport**, informiert über Veranstaltungen. Im November finde in der Aula der Martin-Niemöller-Gesamtschule in Schildesche der „Tag der Mobilität“ statt. Der Seniorenrat werde dort mit einem Stand vertreten sein. Vom 03.06.2019 – 30.08.2019 finde die Veranstaltungsreihe „Sport im Park“ statt. Ein Flyer (**Anlage 6**) zur Mitnahme liege aus.
- Herr Jung, CDU-Fraktion, berichtet aus der **Bezirksvertretung Jöllenbeck**. Besprochen worden seien u. a. die Zuwegung zum Neubaugebiet Neulandstraße und Abstimmungsprobleme mit Straßen.NRW.
- Vorsitzender Dr. Aubke teilt mit, dass er gemeinsam mit Frau Huber am 13.05.2019 an der **Regionalkonferenz der Landes-seniorenvertretung im Regierungsbezirk Detmold** teilgenommen habe. Schwerpunktthema sei „Alter – offen für Neues / Aufbruch in die Zukunft; digital und gemeinsam!“ gewesen. Weiterhin habe man über den Seniorenrat als Teamspieler gesprochen.

Zu Punkt 14 **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der
Verwaltung zum Sachstand**

Es ist über keinen Sachstand zu berichten.

Vorsitzender Dr. Aubke beendet die Sitzung um 13.05 Uhr.

Dr. Aubke
(Vorsitzender)

Schloemann
(Schriftführer)